

es wäre sehr zu wünschen, daß vor ihrer Veröffentlichung erst ihre Richtigkeit durch eine Rückfrage bei der zuständigen Eisenbahndirektion festgestellt wird, die bereitwillig Auskunft erteilen wird.

Von den Brink. Zur Zeit wird eine sozialdemokratische Broschüre verteilt, nach welcher der holländische Geistliche van den Brink, der bekanntlich sozialdemokratischen Ideen huldigt, das Vertrauen der kirchlichen Behörden derart besitzt, daß er nicht nur unbehelligt seine geistlichen Funktionen ausübt, sondern sogar durch einen Mgr. Rodolfo Giovanni zur Beförderung zum Ehrenkammerer Seiner Heiligkeit Pius' X. vorgeschlagen worden sei. Van den Brink ist Priester der Diözese Breda, er wurde längst seines Amtes enthoben. Was von seiner beabsichtigten Erhebung zur römischen Prälaten berichtet wird, beruht auf Erfindung. Er machte noch kürzlich von sich reden, als ihm der belgische Minister verbot, auf belgischem Boden zu reden und ihn auszuweisen.

Gegen Lehrlingszüchterei im Kaufmannsgewerbe richtet sich ein Rundschreiben des preussischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten, dem die Halbmonatschrift „Der Handelsstand“ folgendes entnimmt: Die Verfügung des Ministers geht davon aus, daß in mehreren Eingaben an den Bundesrat darüber geflagt wird, daß in vielen kaufmännischen Geschäften die Zahl der Lehrlinge im Mißverhältnis zu dem Umfange und der Art des Betriebes stehe, und daß die Prinzipale deshalb außer Stande seien, den ihnen nach dem Handelsgesetzbuch obliegenden Verpflichtungen in Bezug auf die Ausbildung der Lehrlinge zu genügen. Nur in seltenen Fällen gelte es, daß die unteren Verwaltungsbehörden einschreiten, obgleich die Gewerbeordnung dazu die Handhabe bieten würde. In einzelnen Fällen hat nun der Minister Ermittlungen anstellen lassen, die ergeben haben, daß die Klagen nicht völlig unbegründet seien. Die Regierungspräsidenten sollen deshalb die unteren Verwaltungsbehörden auf die ihnen nach der Gewerbeordnung zustehenden Befugnisse hinweisen und sie veranlassen, daß sie der Ausführung jener Bestimmungen besondere Sorgfalt zuwenden. In dem Rundschreiben wird noch besonders darauf hingewiesen, daß zur Erlattung von Gutachten und zur Aufklärung bestehender Zweifel in den Kaufmannsgerichten paritätisch besetzte Organe zur Verfügung stehen, die für diesen Zweck besonders geeignet erscheinen. Die Vorschriften der Gewerbeordnung in § 128, die gemäß § 139 b auf Lehrlinge in offenen Verkaufsstellen, sowie in anderen Betrieben des Handelsgewerbes Anwendung finden müssen, weisen den unteren Verwaltungsbehörden den Weg, den sie zu beschreiten haben, wenn sich Unzulänglichkeiten beim Gange von Lehrlingen in ihrem Amtsbezirk herausstellen. Der § 128 lautet: Wenn der Lehrherr eine im Mißverhältnis zu dem Umfange oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, so kann dem Lehrherrn von der unteren Verwaltungsbehörde die Entlassung eines entsprechenden Teiles der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus untersagt werden.

Der sozialdemokratische Streit über den Waffenfreist ist nun an einem Wendepunkte angelangt; am Sonntag erklärte der „Vorwärts“ den Anhängern des Waffentreibens sehr bestimmt, daß man ihnen seither wie gewissen Parteilikern eine große Freiheit gelassen habe, man habe mit ihrer Rückständigkeit Rücksicht gehabt. Wenn sie aber jetzt nicht Ruhe halten würden, würden sie einfach aus der Partei hinausgeworfen. Sehr einfach! Wer nicht pariert, fliegt! Wie hält man es aber im Zukunftsstaate mit solchen Leuten? Entweder läßt man sie hungern oder setzt sie auf den Mond.

Oesterreich-Ungarn. In der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses erklärte der Handelsminister Kossuth, daß er eine groß angelegte Handelspolitik anstrebe. Die Gemeinamkeit des Zollgebietes sei für die Dauer der Handelsverträge gesichert und Ungarn werde über Bismarck und Calog eine unabhängige Verbindung mit dem Auslande herstellen und durch die Förderung der Industrie und den Ausbau der Eisenbahnen und Wasserstraßen die Unabhängigkeit des Zollgebietes jedenfalls vorbereiten.

Schweiz. Wie schon vor vier Jahren, so wurde auch am Sonntag nach heftigem Kampfe in einer Volksabstimmung des Kantons St. Gallen die **Proportionalwahl** zum Großen Rat mit 26 700 gegen 26 100 Stimmen verworfen.

Rom. In Weiterverfolgung der Reformen, welche die Vereinfachung des päpstlichen Haushaltes und die Erzielung von Ersparnissen bezwecken, hat Pius X. ver-

zichten. Für den Protestantismus sind sie bisher fast nur von unheiliger Art gewesen. Er hat die Unterstützung des Staates in seiner inneren Wirksamkeit verloren und wird in dieser durch äußerliche, staatliche Gesichtspunkte vielfach gehemmt.

Wir verstehen diese Klagen; wir verstehen auch, daß sie in einer Zeit laut werden, wo in einem jeden, dem die Zukunft des Christentums und das soziale Wohl der Gesellschaft am Herzen liegt, das ernsteste Bestreben rege wird, alle sozialen Kräfte des Christentums zur Auslösung zu bringen. Denn in solchen Zeiten ist eine „Kirche“, welche auf jeweiligen Wink hin von Seiten des Staates die soziale Arbeit einzustellen gezwungen wird — man denke an die Wirkung der Devisen: „Christlich-Sozial ist Unsinn“ — einfach in ihrem öffentlichen Wirken lahmgelagt; erst recht natürlich in denjenigen Kreisen, welche unter der sozialen Not leiden.

Und doch drängt sich dem Beobachter die Frage auf die Lippen: Was wohl aus der protestantischen „Kirche“ ohne die Stütze, die ihr der Staat gibt, werden würde?

Während des Kulturkampfes im Jahre 1875 schrieb der ehemalige konservative Logarde:

„Die Teilnahmlosigkeit für die Kirche ergibt sich aus den bettelhaft geringen Summen, welche für die ihrer Stellen beraubten Geistlichen eingegangen sind. Keinem Zweifel unterliegt, daß wenn die sogenannte protestantische Kirche in Deutschland aus freiwilligen Beiträgen unterhalten

ordnet, daß die Jünglinge des vatikanischen Seminars künftig die Vorlesungen an der Gregorianischen Universität besuchen sollen. Er geht darin gleich mit dem Beispiel voran bei der von ihm geplanten Verminderung der Seminarien in Italien bezw. der Vereinigung mehrerer Diözesen zu einem gemeinsamen Seminar für die gesamte Kirchenprovinz. Der Papst hofft auf diese Weise, ein tüchtigeres Lehrpersonal zu erhalten.

Italien. Ein Leitartikel des Corriere della Serra über den abessinischen Vertrag führt aus: Die Behauptung, das englisch-französische Einvernehmen richte sich gegen deutsche Ansprüche, sei phantastisch und tendenziös. Deutschland bereite Italien weder in Abessinien noch in Tripolis Schwierigkeiten und die Gerüchte über die deutschen Ansprüche in Tripolis seien absolut falsch. Vielmehr würde nötigenfalls Deutschland eine Aktion Italiens in Tripolis nachdrücklich unterstützen. Das englisch-französische Einvernehmen, wiederholt der Corriere della Serra zum Schluß, ist also seitens Italiens nicht gegen Deutschland gerichtet, mit dem es sich in vollständiger enger Harmonie befindet.

Frankreich. Das Justizpolizeigericht hat Alexander Sokoloff wegen der Bombenangelegenheit im Gehöft von Vincennes zu 5 Jahren Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe verurteilt. Viktor Sokoloff und Sophie Speranski, denen man die Teilnahme an der Herstellung der Bomben nicht nachweisen konnte, sind freigesprochen worden. Alexander Sokoloff, der am Freitag operiert worden ist, war bei der Gerichtsverhandlung nicht anwesend.

Großbritannien. Um dem englischen Parlament im künftigen Transvaalparlament ein Uebergewicht über die Buren zu verschaffen, machen die Mandatmagaten alle Anstrengungen, um eine Amalgamation zwischen Transvaal und Natal herbeizuführen. Es würden damit 100 000 Briten mit proportioneller Wählerkraft Transvaal zufallen. Die Buren bekämpfen das Projekt, dessen Annahme für sie ein nationaler Selbstmord sein würde, mit aller Energie.

Obwohl die Verhandlungen der interparlamentarischen sozialdemokratischen Konferenz unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, sind engl. Wätter in der Lage, über die Vorgänge in Greter Hall am 18. d. M. einige interessante Mitteilungen zu machen. Bei Beginn der Verhandlungen erklärte der Vorsitzende Keir Hardie, daß das internationale sozialistische Bureau in seiner letzten Sitzung folgende Resolution angenommen habe: Sobald eine Situation sich bietet, die die Annahme rechtfertigen kann, daß ein Konflikt zwischen zwei oder mehreren Regierungen schwebt und daß ein Krieg zwischen ihnen wahrscheinlich oder möglich ist, sollen die sozialistischen Parteien gleichzeitig, auf Einladung des internationalen sozialistischen Bureaus, in unmittelbare Verbindung treten, zu dem Zwecke, ein einseitiges Verhalten der Sozialisten und Arbeiter der beteiligten Länder in der Richtung herbeizuführen, daß der Krieg verhindert wird.

Die Resolution, die von Bailliant (Frankreich) zur Annahme empfohlen und von Camille Huberman (vom Internationalen Bureau) begründet wurde, fand mit ihren Ausführungsbestimmungen den Beifall der Versammlung. Sodann gab der russische Anführer Mitteilungen über den Stand der sozialistischen Bewegung in Rußland und ihre Ziele. Nach ihm strebt die „Arbeiter“-Partei in der Duma folgende „Reformen“ an: Allgemeine Amnestie, Abschaffung der Militärstrafe, Abschaffung der Todesstrafe, Agrarreform und Arbeitergesetzgebung. Weiter teilte Anikin mit, daß seine Partei Befehle über Aufrufkräfte und Grausamkeiten, die von der Regierung im Kaukasus, in Sibirien und in den baltischen Provinzen in antirevolutionärer Absicht verübt seien, in Händen habe und gelegentlich davon Gebrauch machen werde. Das Fazit seiner Darlegungen zog Anikin mit der Forderung, daß die Sozialisten- und Arbeiterparteien aller Länder in den Parlamenten Protestklagen gegen die Gewalttaten der russischen Regierung abgeben müßten. Der österreichische Delegierte Daszynski (Pole) erklärte, der Einfluß der russischen Revolution sei von enormer Tragweite für ganz Europa. Wenn der Absolutismus in Rußland seinen Zusammenbruch dokumentiert habe, würden die letzten Ueberbleibsel des absolutistischen Systems, die in anderen Teilen Europas noch vorhanden seien, gleichfalls fallen. Den russischen „Brüdern“ solle man dadurch einen wertvollen Dienst erweisen, daß das Asylrecht russischer Flüchtlinge in den europäischen Staaten von den Sozialistenparteien der verschiedenen Länder unter allen Umständen gewahrt werde. Vanderbelle (Belgien) hofft den Sieg der Revolution in Rußland dadurch beizubringen und för-

werden sollte — die Synagoge gedeiht an dieser Quelle äußerlich ganz gut — in zehn Jahren keine protestantische Kirche mehr vorhanden sein würde. Ich wünsche lebhaft, daß der Versuch angestellt würde.“ (Deutsche Schriften, S. 136.)

Ob Logarde Recht hat, wird schon die nächste Zukunft in Frankreich lehren, wo der Protestantismus jetzt nach der Trennung von Kirche und Staat zu zeigen hat, ob er innere Lebenskraft hat, um ohne Hilfe des Staates existieren zu können. Besonders hoffnungsfreudig klingen die Stimmen aus dem französischen Protestantismus seinerzeit gerade nicht.

Wir verstehen das alles; nur das verstehen wir nicht, daß an dieser Aushöhlung des Christentums, welches dem Protestantismus seine „Satzkraft“ genommen, das Wesen des Protestantismus die „Freiheit des Forschens in der Schrift“, die Proklamierung des religiösen Subjektivismus unschuldig sein soll. Wer A sagt, muß auch B sagen und sagt er's nicht selbst, so sagen's andere. Und wer da von der Zukunft eine Aenderung erhofft, nun ja, der hofft eben gegen alle Hoffnung!

Wir empfehlen diese pessimistischen Ausführungen des protestantischen Theologen Grüzmacher jenen Kreisen innerhalb des Protestantismus, welche anstatt das protestantische Gelände durch Aufrichten von Dämmen gegen ein weiteres hereinbrechen des roten Meeres der Sozialdemokratie zu schützen, daran arbeiten, das katholische Terrain zu untergraben, damit auch dieses in diesem roten Meere versinke.

dern zu können, daß man die Regierung finanziell ohnmächtig macht. Er erklärte, man müsse den Kapitalisten immer und immer wieder zu verstehen geben, wie groß die Wahrscheinlichkeit einer Insovenz Rußlands sei; nur so sei zu verhindern, daß Rußland neue Anleihen aufnehme. Darauf trat Berating ein.

In der Nachmittagsitzung der interparlamentarischen Friedenskonferenz wurde mit 40 gegen 39 Stimmen eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß der Haager Konferenz bei ihrem Werke der Friedensstiftung dauernde Tätigkeit ermöglicht werden möge und die Mächte sich über periodischen Zusammentritt der Konferenz einigen sollten. Freiherr v. Neuen-Destereich warf einen Rückblick auf die Fortschritte des Schiedsgerichtsgedankens in Europa in den letzten Jahren und sagte, der im Jahre 1904 von Rußland mit Schweden und Norwegen abgeschlossene Schiedsvertrag sei das beste Muster für den internationalen Gebrauch. Bryan-Amerika brachte einen von den dortigen Kongreßmitgliedern unterstützten Antrag ein, der besagt, wenn zwischen zwei Staaten ein Streitfall entsteht, der nach dem zwischen ihnen bestehenden Schiedsvertrage dem Schiedsgericht nicht unterliegt, so solle, ehe zur Kriegserklärung geschritten wird, die Frage dem Haager Schiedsgericht oder einem anderen unparteiischen Gericht unterbreitet werden. Ueber den Antrag wird morgen beraten.

Spanien. Der Finanzminister erklärte heute, daß die Verhandlungen mit Deutschland über den auf der Basis des neuen spanischen Zolltarifs abzuschließenden Handelsvertrag einen normalen Verlauf nehmen.

Rußland. Durch kaiserlichen Ukas ist auf Grund des Artikels 99 der Staatsgrundgesetz die Einstellung der Tätigkeit des Reichsrates bis zum 5. März 1907 verfügt worden. Ein anderer Ukas verhängt den Kriegszustand über das Gebiet der donischen Kosaken.

Bis heute ist auf den Eisenbahnen alles ruhig. Der Verkehr wickelt sich regelmäßig ab. Witterungsbedingungen über einen Generalausfall auf den Bahnhöfen sind falsch. In Petersburg herrscht vollkommene Ruhe. Nachrichten aus allen Provinzen bezogen, daß die Kunde von der Auflösung der Reichsduma in vollster Ruhe hingenommen wurde. Nirgends haben bisher Unruhestörungen stattgefunden.

In dem Manifest, das die in Vjborg versammelte gewesene Dumaabgeordneten beschlossen haben, heißt es, die Dumaauflösung sei wegen des Bestrebens der Duma erfolgt, den Bauern Land durch Anweisung der Kronländereien und des Kirchengutes und durch die Zwangsenteignung der Privatgüter zu geben. Die Regierung werde sieben Monate die Volksbewegung bekämpfen und wenn ihr dies gelingt, gar keine Duma einberufen. Das Manifest fordert die Bürger auf, die sofortige Wiedereinberufung der Duma zu erzwingen, da die Regierung nicht berechtigt sei, ohne die Zustimmung der Duma Steuern zu erheben und Rekruten einzuberufen, Anleihen ohne die Genehmigung der Duma seien ungültig. Keine Macht könne dem unbegleiteten Volkswillen widerstehen.

Bei den heute von Klünderern gemachten Versuchen, in Odessa einen Pogrom zu veranstalten, wurde nur unerheblicher Schaden angerichtet, mehrere Läden ausgeraubt und Fenster eingeworfen. Durch die vom Militär und der Polizei ergriffenen energischen Maßnahmen wurden die Ausdehnungen rasch beendet und die Bevölkerung beruhigt. Unter der jüdischen Bevölkerung herrschte große Panik, weil Kosaken nachmittags eine Anzahl von Läden und Häusern in drei Vorstadtstraßen geplündert und gedroht haben, daß sie in der Nacht die Juden in der Prochorowskajastraße umbringen würden, in welcher am Freitag ein Kosak getötet wurde.

Türkei. Fortgesetzte Gewalt- und Mordtaten sind das Kennzeichen der Feindschaft zwischen Griechen und Rumänen. In dem bisher ziemlich ruhigen Sandtschal Drama hat die Tätigkeit der bulgarischen Banden begonnen. Donnerstag Nacht warfen drei Bulgaren im Hotel Zentral in Drama eine Bombe, wodurch ein Grieche und eine Frau getötet wurden. An demselben Tage fielen bulgarische Banden in zwei Dörfern bei Drama ein. Acht Griechen wurden getötet, ein Wohamedaner verwundet. In einem Dorfe wurde eine Bombe geworfen, wodurch ein Waghans und vier Gänser in Brand gerieten und eingäschert wurden. — Im Bezirk Karafeteie entführte vorgestern eine griechische Bande 9 Bulgaren. — Zwischen Pifodes, Bezirk Florina, und Komolati, Bezirk Kastoria, wurde eine aus sieben Mann bestehende griechische Bande vernichtet.

Der blumenische Patriarch, dessen Stellung durch den rumänischen Konflikt und die offene Begünstigung der griechischen Banden unhaltbar geworden war und der deshalb von der Pforte zur Demission aufgefodert wurde, erbat die russische Intervention und Schutz für seine Person, wogegen die Gemeinde als unwürdig protestierte und seine Absehung verlangte.

Marokko. In Marrakesch hat eine sehr wichtige Konferenz von Abgeordneten der südabulischen Stämme stattgefunden, die fast alle vertreten waren und sich verpflichteten, sich gegen den Sultan zu erheben, sobald die Ernte beendet ist. Alle einflussreichen Kabylenhäuptlinge haben sich für den Aufstand erklärt. Dieses erregt in Fez große Aufregung. Die Truppen der Garnison von Tanger haben Befehl bekommen, sich marschfertig zu halten und können nötigenfalls nach Marrakesch beordert werden.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 24. Juli 1906.
Tageskalender für den 25. Juli. 1905. Eintreffen des japanischen Lebensbedürfnismittels Komura in Reu-Nord. — 1866. Treffen bei Gersheim. — 1860. Sieg der Dänen bei Jbstedt über die Schleswig-Holsteiner unter Wilsen. — 1848. Sieg der Oesterreicher unter Radetzky bei Custozza über die Italiener unter König Karl Albert von Sardinien. — 1887. * Kardinal Repp. Archibishop von Breslau. — 1814. Sieg der Engländer über die Amerikaner bei den Mironaraffeln. — 1798. Napoleons Einzug in Rom. — 1740. * 28. Brinik zu Dresden, Musikpädagog. — 1492. † Papst Innocenz VIII.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 25. Juli